

# **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.09.1999**

---

Sitzungsort:  
Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Sitzungsdauer:  
17.00 Uhr - 18.30 Uhr

Anwesend waren:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Beigeordnete Helga Grix - Vorsitzende -  
Ratsherr Rico Mecklenburg  
Ratsfrau Elfriede Meyer  
Beigeordnete Jenny Tamminga

### **CDU**

Ratsherr Uwe Hellmann  
Ratsherr Nils Köhler

für Ratsherrn Reinhard Hegewald

## **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Frau Helga Kruse  
Frau Diana Keller  
Frau Regina Meinen  
Herr Michael Wagner

für Frau Gertrud Rehling

für Herrn Wilhelm Grix

## **Nichtstimmberechtigte Mitglieder**

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders

### **F.D.P.** (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

### **Beratende Mitglieder**

Herr Abdou Quedraogo  
Herr Walter Saathoff  
Herr Tom Sprengelmeyer  
Herr Uwe Willms  
Frau Elfriede Wilts

### **von der Verwaltung**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann  
Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt  
Frau Heidemarie Kohnen  
Frau Ingrid van Schwarzenberg  
Herr Herald Ihnen  
Herr Onno Santjer

(zu TOP 6.1)

(zu TOP 6.2)

(zu TOP 4)

### **Gast**

Frau Moritz - Geschäftsführerin des Landespräventionsrats Niedersachsen

(zu TOP 4)

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.09.1999**

---

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig ist.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.07.1999

Beschluß: Die Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.07.1999 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/972  
Einrichtung eines kriminalpräventiven Gremiums für die Stadt Emden

Herr Brinkmann geht einleitend auf die Jugendhilfeausschusssitzung vom 15.06.1999 ein. Seinerzeit sei es zu Irritationen gekommen, weil der Vorschlag, ein kriminalpräventives Gremium für die Stadt Emden einzurichten, als Mitteilungsvorlage eingebracht worden ist. Herr Brinkmann erläutert, dass er anfangs sehr skeptisch mit diesem Thema umgegangen sei, aber durch intensive Gespräche mit dem Stellvertretenden Leiter der Polizeiinspektion Emden, Herrn Wehmhörner und den zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung zu dem Schluss gekommen sei, dass das vorgeschlagene Konzept so umgesetzt werden sollte. Selbstverständlich solle aber die Politik nicht aussen vor gelassen werden, schon alleine deshalb nicht, da für diese Arbeit Geld zur Verfügung gestellt werden müsse, was spätestens im Haushalt 2000, der produktorientiert aufgestellt werde, Relevanz bekomme. Er hoffe daher, dass die Vorlage am 29.09.99 in der Ratssitzung beschlossen werde. Herr Brinkmann führt weiter aus, dass an ihn die Bitte herangetragen wurde, den Vorsitz in der kommunalen Kriminalprävention zu übernehmen. Er werde dies in dem behörden- und ressortübergreifenden Gremium auch sehr gerne wahrnehmen und in seiner Funktion für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe werben. Er werde versuchen, zusätzliche Gelder über Projekte oder andere Fonds einzuholen, und andere relevante Gruppen oder Institutionen für die Vorstandsarbeit zu gewinnen. Nach seiner Auffassung sollten auf jeden Fall das Amtsgericht, die Polizei und das Arbeitsamt dabei sein.

Frau Schmidt-Reinders ist der Meinung, da es sich bei der Kriminalprävention um kein spezifisches Jugendthema handelt, sollte eine gemeinsame Beratung mit dem Sozialausschuss stattfinden.

Herr Brinkmann erwidert, dass sich die Fraktionen über das Thema intern noch auseinandersetzen und eine Meinung bilden können. Wenn es notwendig sein sollte, würde eine entsprechende Ausschusssitzung einberufen werden.

Frau Moritz, Geschäftsführerin des Landespräventionsrates (LPR) Niedersachsen und des Kriminalpräventionsrates (KPR) Delmenhorst, schildert den kriminalpräventiven Ansatz in

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.09.1999**

---

der Stadt Delmenhorst. Der KPR sei 1994 in Delmenhorst gegründet worden, 2 Jahre vor dem LPR. Aufgrund eines grossen Leidensdruckes, d. h. hohen Kriminalitätsrate, habe der Oberstadtdirektor, ähnlich wie in Emden, zunächst einmal eine Erhebung über den Umfang und die Art der Kriminalität veranlaßt. Anders als bei der herkömmlichen Prävention der Jugendarbeit habe sich schon bald herausgestellt, dass die Basis für den KPR viel breiter angelegt werden müsse. Die Arbeit der verschiedenen Beauftragten, z. B. der Polizei und der Drogenprävention wurden verknüpft, das Sicherheitsgefühl der älteren Mitbürger spielt eine besondere Rolle. Kriminalprävention sei also kein reines Jugendproblem, es geht darum, alle Aktivitäten zu bündeln und solche zu initiieren, die dazu beitragen, die Lebensqualität in einer Stadt zu steigern.

Frau Moritz erläutert, dass der KPR in Delmenhorst dem Jugendamt angegliedert, aber direkt dem Oberstadtdirektor unterstellt sei. Der Vorstand besteht aus dem Oberstadtdirektor, dem stellv. Leiter der Polizeiinspektion und der Bezirksleiterin des Schulaufsichtsamtes. Es werden zwar Aktionen direkt von der Geschäftsführung organisiert und vorgeschlagen, die eigentliche Arbeit finde allerdings in verschiedenen Arbeitskreisen, in denen über 70 MitbürgerInnen ehrenamtlich arbeiten, statt. In diesen Arbeitskreisen stelle sich die Schwierigkeit der Einbindung von Jugendlichen. Allerdings seien einige Aktionen über die Sportjugend (Mitternachtsturniere; Skater Contests etc.) organisiert worden. In Delmenhorst kommen die verschiedensten Arbeitskreise und anderen Institutionen über eine Mitgliederversammlung zusammen. Hier sei dann auch das Amtsgericht, das Arbeitsamt und der Einzelhandel eingebunden. Frau Moritz findet die Idee, dieses in Emden in Form eines jährlich stattfindenden Forums zu organisieren, sehr begrüßenswert. Sie selber als Geschäftsführerin sei dafür verantwortlich, dass dem Jugendhilfeausschuss und Rat jährlich über die Arbeit des KPR berichtet werde. An Sachmitteln stünden ihr jährlich 15.000,- DM sowie die notwendigen Bürokosten zur Verfügung, im Jahre 2000 sogar, aufgrund einer wissenschaftlichen Erhebung 50.000,- DM. Der Vorstand werde, da die Mittel nicht ausreichen, für ergänzendes Sponsoring aktiv. Sie wisse von anderen Städten, wie z. B. Osnabrück, die neben einem ressort- und behördenübergreifend organisierten KPR, einen speziellen Präventionsförderverein gegründet haben, um Spenden sammeln und Spendenquittungen ausstellen zu können. Sie halte es für einen entscheidenden Nachteil eines Vereins, dass man nur als Einzelperson Mitglied werden könne.

Herr Hellmann erläutert, dass sich die CDU intensiv mit dem Thema beschäftigt habe. Kriminalprävention sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Vorlage gehöre daher auch in den Sozialausschuss. Seiner Auffassung nach halte er nach wie vor die Gründung eines Vereins für die bessere Alternative, erstens wegen der Spendengelder, aber zweitens auch wegen der ausserordentlich positiven Erfahrungen die z. B. in Wittmund gemacht worden seien. Um den Prozeß in Emden aber nicht weiter aufzuhalten, werde er sich bezüglich der Vorlage der Stimme enthalten.

Frau Moritz erwidert, dass es richtig sei, dass Kriminalität kein jugendspezifisches Problem sei. Bezüglich der Gründung eines Vereins betont sie, dass auch er nur von aktiven Personen und vom Engagement einzelner für die Präventionsarbeit lebt. Dies sei insbesondere in Wittmund der Fall. Ein Problem bei einer Vereinsgründung sei, dass Institutionen wie z. B. Polizei, Stadtverwaltung etc. als solche nicht einbezogen werden können. Sie halte die Organisation ausserhalb eines Vereins für wesentlich unbürokratischer. Man könne auch in anderer Form erfolgreich arbeiten. In Delmenhorst sei die Kriminalitätsrate um 30 % gesenkt worden, unter anderem ein Verdienst des KPR.

Herr Mecklenburg erklärt für die SPD, dass die Terminierung des Beschlusses am 29.09. im Rat der Stadt Emden mitgetragen werde. Die Frage sei, ob man heute sofort beschliessen müsse oder noch weiter in anderen Gremien (Fraktion / Sozialausschuss) diskutieren könne. Vom Grundsatz her trage die SPD das Modell unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters mit, aber auch die Politik solle mit in die Verantwortung genommen werden. Daher schlage er vor, die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses aufgrund ihrer Funktion mit in die Fachgruppe einzubinden. Ansonsten begrüßt Herr Mecklenburg die Idee der Gründung

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.09.1999**

eines Fördervereins, das solle in Emden ins Leben gerufen werden. Abschliessend schlägt er vor, die Vorlage an die Fraktionen zu verweisen und dann direkt im Verwaltungsausschuss und Rat zu behandeln.

Herr Brinkmann informiert darüber, dass am 22.09.99 noch eine Sozialausschusssitzung stattfindet und insofern die Vorlage dort noch behandelt werden könne und solle.

Auf Nachfrage von Herrn Mecklenburg, was die Beteiligung der Ausschussvorsitzenden an der Fachgruppe angeht, äussert Herr Brinkmann Bedenken, wegen der Beteiligung der anderen Fraktionen. Er sei aber für die Idee offen, wenn die Fraktionen sich darüber einig sind.

Frau Schmidt-Reinders begrüsst die Verlegung der weiteren Diskussion in den Sozialausschuss, schlägt aber eine Beteiligung der JHA-Mitglieder als Gäste vor.

Frau Grix antwortet, dass viele Anwesende auch gleichzeitig Mitglied im Sozialausschuss sind und sich andere ja sowieso als Ratsmitglieder beteiligen können.

Frau Grix fasst das Ergebnis der Diskussion zusammen:

Die Vorlage 13/972 soll noch im Sozialausschuss vorbereitet und anschliessend im Rat beraten und beschlossen werden.

Ergebnis: Verweisung an den Sozialausschuss

Punkt 5: Vorlage 13/973  
Zuschüsse an Vereine und Verbände

Herr Saathoff erläutert die Vorlage, wonach das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt einen Zuschuss für die Anschaffung von 2 Unterkunftszelten, die vor allem für die Durchführung von Jugendfreizeiten benötigt werden, erhalten soll.

Beschluss: Das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Emden erhält zur Anschaffung von 2 Unterkunftszelten Typ SG 400, Gesamtkosten 7.420,52 DM, einen Zuschuß von 30 % = 2.226,16 DM.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

a) Vorlage 13/974  
Präventives Projekt "Jungengruppe"

Herr Saathoff erläutert einleitend, dass es sich bei dem Projekt "Jungengruppe" um ein Projekt des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes handele, ein Bereich, in dem Frau von Schwartzberg, die das Projekt vorstellen wird, seit etwa einem Jahr arbeitet. Es handelt sich um vorbeugende Arbeit mit der 11 - 15 jährige Jungen, die bereits straffällig geworden sind, angesprochen werden. Ein Zuschuss des Landesjugendamtes in Höhe von 10.000,-DM, das entspricht etwa 80 % der Gesamtkosten, habe die Durchführung des Projektes ermöglicht.

Frau von Schwartzberg erklärt zunächst einmal die gesetzliche Grundlage für den Kinder- und Jugendschutz, der nach dem KJHG (Kinder- und Jugendhilfegesetz) Pflichtaufgabe sei. Er umfasst eine grosse Bandbreite, nämlich alle Angebote und Aktivitäten, die dazu dienen,

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.09.1999**

negative Einflüsse auf Jugendliche einzudämmen, und müsse daher Querschnittsaufgabe vieler Fachdienste sein. Aufgabe ist es, zu informieren, zu beraten, aber auch Anregungen und Impulse zur Sozialisation zu geben. Es werden allgemein 3 Ebenen des Kinder- und Jugendschutzes unterschieden, nämlich

- a) der strukturelle Jugendschutz, der die Verbesserung zu kind- und jugendgerechten Lebensbedingungen zum Ziel hat,
- b) der erzieherische Jugendschutz, der sich an Jugendliche oder Multiplikatoren richtet, um Gefährdungen besser begegnen oder vorbeugen zu können,
- c) der restriktive Jugendschutz, der sich vor allem an Gewerbetreibende richtet, und bewirken soll, dass sich diese an gesetzliche Bestimmungen (Jugendschutzgesetze) halten.

Frau von Schwartzberg erläutert darauf hin die Ausgangssituation, die zu dem Projekt Jungengruppe geführt hat. Insbesondere die KollegInnen der Jugendgerichtshilfe hätten festgestellt, dass immer jüngere vor allem männliche Jugendliche, straffällig werden würden. Ihnen sei eines gemeinsam, nämlich dass sie in ihrer bisherigen Sozialisation kaum männliche Bezugspersonen hatten. Hier setze die Förderung durch die sozialpädagogische Gruppenarbeit mit Jungen durch Männer an. 2 Mitarbeiter des Sozialen Dienstes und der Jugendförderung haben diese Gruppe ins Leben gerufen und bis jetzt begleitet. Neben der Kontaktaufnahme, Elementen der Selbsterfahrung sei bei den regelmässigen Treffen auch die Konfliktbearbeitung trainiert worden.

Gearbeitet wurde viel mit Video und erlebnispädagogischen Methoden. So wurde eine mehrtägige Kanutour und jetzt im Sommer ein 12 tägiger Segeltörn veranstaltet, in dem das Zusammenleben und miteinander auskommen auf engstem Raum ausprobiert werden konnte und musste. Das Gruppenprojekt wird zum Ende des Jahres abgeschlossen.

Nachfragen der Ausschussmitglieder Meyer, Köhler, Mecklenburg und Hellmann bezogen sich auf eine mögliche kontinuierliche Fortsetzung und nach Resultaten des Projektes.

Frau von Schwartzberg berichtet, dass der Versuch gemacht wird, die Jugendlichen bzw. die Gruppe in den vorhandenen Jugendzentren oder anderen Einrichtungen zu integrieren; da die Gruppenarbeit aber freiwillig laufe, könne man noch nicht sagen, ob es gelingt. Über Resultate könne sie in dem kurzen Zeitraum von einem Dreivierteljahr noch nicht sprechen.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, dass eine Kontinuität im kleineren Rahmen über die Einrichtungen angeboten werden kann, wenn die Jugendlichen denn dazu bereit sind.

Herr Saathoff stellt fest, dass die Förderung des Landes nicht weiter gewährleistet sei, und somit die Gruppenarbeit in der bisherigen Intensität in Zukunft wohl nicht möglich sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- b) Vorlage 13/975  
Projekt "Weltgeschichten"

Herr Sprengelmeyer erläutert, dass das Projekt "Weltgeschichten" eingebunden ist in den Bereich internationale Begegnungen und Arbeit. Das Projekt habe zum Ziel, Kinder mit den verschiedenen Kulturkreisen dieser Erde bekannt zu machen und somit den Blick auf die "Eine Welt" zu öffnen. Frühzeitige Begegnungen sollen ermöglicht werden.

Herr Ihnen führt aus, dass es wichtig sei, schon früh mit dieser Arbeit zu beginnen, da Kinder sehr offen sind, sich mit dem Fremden und den anderen Kulturen auseinanderzusetzen. Ziel sei es auch, der Fremden- und Ausländerfeindlichkeit vorzubeugen. In 2-jähriger Vorbereitungszeit sei es nach anfänglichen Vorbehalten der ausländischen MitbürgerInnen mitt-

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.09.1999**

lerweile gelungen, durch Kooperation und Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat und dem Eine-Welt-Laden 8 Erzählerinnen und Erzähler aus verschiedenen Kulturkreisen zu finden, die den Kindern ihre Heimat über verschiedene Medien nahe bringen. Beteiligt seien derzeit u. a. Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Kolumbien, Ghana, Indien und Iran, die in Grundschulklassen, in Jugendzentren, aber auch im Ferienpass dieses Konzept erfolgreich erprobt haben. Anhand von Fotos erläutert Herr Ihnen, dass auf den Treffen alle Sinne angesprochen werden. Es sind Musikinstrumente, Kleidung, Schulbücher, Speisen und Getränke, Spiele etc. vorhanden, die die Kinder selber aus- bzw. ausprobieren können und somit Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten feststellen können. Das Projekt soll auch in Zukunft an Grundschulen oder auch Kindergärten fortgesetzt werden. Der Kreis der ErzählerInnen sei noch erweiterbar.

Frau Meyer verlässt die Sitzung um 18.15 Uhr.

Herr Hellmann äussert sich begeistert von der Methode, die sehr zur Integration der ausländischen BürgerInnen beitrage. Auf Nachfrage von Frau Keller betont Herr Ihnen, dass bis jetzt feste Kindergruppen bzw. Klassenverbände angesprochen werden, und dass es keine öffentlichen Veranstaltungen gebe.

Herr Mecklenburg berichtet, dass er über den Ausländerbeirat nur positives und begrüßenswertes zu dem Projekt gehört habe und das nur unterstützen könne. Er bemerkt abschliessend, dass sich die Kinder freuen, wenn einmal Nichtpädagogen an Schulen auftreten und den Unterricht gestalten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### c) Verwaltungsreform

Herr Brinkmann erläutert den Ausschussmitgliedern den Stand der Verwaltungsreform. Wie geplant und schon länger angekündigt werde der Fachbereich 500 jetzt aufgeteilt werden und zwar in einen Fachbereich Soziales und Gesundheit mit dem Ziel und der Zielgruppe - Hilfen für Erwachsene - sowie in den Fachbereich Jugend/Schule/Sport mit der Zielgruppe Kinder und Jugendliche bzw. junge Menschen. Unterhalb der Fachbereichsleiter Ebene werden neue Gewichtungen vorgenommen. Geplant sei, die Fachdienste Jugendhilfe, Jugendförderung sowie Schule und Sport einzurichten. Nach Möglichkeit sollen die Fachbereiche zum 01.10.99 gebildet werden. Die FB-Leiterstellen sollen ausgeschrieben werden. In der Schwebelage bleibe somit nur noch der Bereich Kultur. Zum Ende des Jahres werde neben dem klassischen Haushalt auch der produktorientierte Haushalt vorgestellt werden.

Herr Brinkmann erläutert abschliessend sein Ziel, dem neuen Rat im Jahre 2001 eine neue moderne Verwaltung, die nach dem Neuen Steuerungsmodell arbeitet, präsentieren zu wollen.

Punkt 7: Anfragen

Auf Nachfrage von Herrn Mecklenburg zur Reihenfolge der Beratung der Vorlage zur Kriminalprävention antwortet Herr Brinkmann, dass sie am 22.09.99 im Sozialausschuss, am 27.09.99 im Verwaltungsausschuss und am 29.09.99 im Rat behandelt werden soll.

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.09.1999**

---

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.30 Uhr und dankt allen Anwesenden für ihr Interesse und ihre Mitarbeit.

Eine ZuhörerIn fragt anschliessend an, ob man die vorgesehene Tagesordnung nicht etwas frühzeitiger, als über die Presseveröffentlichung erfahren könne.

Herr Saathoff bezieht sich in seiner Antwort auf die Geschäftsordnung des Rates und erläutert, dass die Tagesordnung erst kurz vor der Veröffentlichung feststehe. Er werde aber die Hauptverwaltung bitten, die feststehende Tagesordnung dann auch umgehend zu veröffentlichen.